Materialien

25 Jahre nach Godesberg

Veranstaltung im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn am 12.11.84

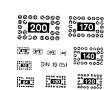


Reden von Willy Brandt und Peter v. Oertzen









Rede von Willy Brandt

Vor fast genau fünf Jahren habe ich in Bonn zum 20. Jahrestag der Vernbschiedung des Godesberger Programms geredet. Bei dieser Gelegenheit sagte ich, Godesberg gette, die SPD brauche für einen – damals – überschaubern Zeitraum kein neues Grundsatzprogramm. Ich glaube, die Redlichkeit gebietet, die Einschätzung von 1979 zu Beginn dieser Einführung zu erwähnen.

Heute werde ich, anders als damals, darauf plädieren, daß die SPD am Ausgang der 80er Jahre – wenn auch weiterhin kaum neue Grundsätze – so doch ein neues Programm benötigen wird. Woher diese Änderung?

lch will mich nicht darauf hinausreden, daß die Dinge 1979 für einen deutschen Sozialdemokraten anders aussahen, als sie 1984 aussehen – obwohl daran, wie man sich leicht denken kann, etwas Wahres wäre. Damals haben wir regiert – und eine Programmdebatte mit ihren möglichen Verunsicherungen hätte von dem damals vorrangig Notwendigen ablenken können. Jetzt sind wir im Ringen um die Meinungsführerschaft geradezu gezwungen, neue Imwulse aufzunehmen.

Wer die Macht – oder jedenfalls das Stück Macht, das Regierung bedeutet – hat, kann hoffen, sie durch Konzentration auf das in der gegebenen Situation Erforderliche zu behalten. Wer verlorene Macht zurückerobern will, darf nicht vor allem vorsichtig sein.

Schließlich will ich noch auf eine einfache Tatsache aufmerksam machen und sie zu bedenken geben: Wenn die neue Programmarbeit nach Plan voranschreitet, werden wir 1986 einen ersten Entwurf vorlegen und uns 1988 auf das endgültige Programm einigen. Dann werden seit Godesberg fast dreißig Jahre vergangen sein. Von Erfurt bis Görlitz verging in etwa die gleiche Zeit, und zwischen Heidelberg und Godesberg lagen auch nur vier Jahre mehr.

Der Dreißig-Jahre-Rhythmus scheint einigermaßen willkürlich, aber es würde mich nicht wundern. wenn sich jemand bei dieser Gelegenheit an den Dreißig-Jahre-Rhythmus erinnert fühlt, in dem nach wissenschaftlichem Verständnis die Generationen aufeinanderfolgen. Dem Sich-Erinnernden würde ich übrigens die Erkenntnis Robert Musils ins Gedächtnis rufen wollen, daß man "in der soeben eingetroffenen letzten Zukunst" oft schon "die kommende Alte Zeit" sehen kann. "Die neuen Ideen", heißt es im "Mann ohne Eigenschaften", "sind nann bloß um 30 Jahre älter, aber befriedigt und ein wenig fettüberpolstert oder überlebt, so ähnlich wie man neben den schimmernden Gesichtszügen eines Mädchens das erloschene Gesicht der Mutter erblickt; oder sie haben keinen Erfolg gehabt, sind abgezehrt und zu einem Reformvorschlag eingeschrunnft, den ein alter Narr verficht, der von seinen fünfzig Bewunderern der große Soundso genannt wird."

Seien Sie sicher: Mein Ehrgelz ist es nicht, als "großer Soundso" in die Geschichte der Partei einzugehen. Ich will sagen: Mir ist das Risiko unseres Unterfangens bewußt. Angesichts der brutalen Drohungen der weltweiten Hochrüstung und der ökonomischen Krise und der in aller Welt sichtbar werdenden Umwelt-Katastrophen bleibt uns aber keine Wahi: Wir müssen uns neu vergewissern.

Was spricht für eine neue Programmanstrengung? Das Nächstliegende wäre dies: Das Godesberger Programm ist überholt, weil seine Forderungen erfüllt sind. Wir alle wissen, daß es so nicht ist und daß auch das Gegenteil nicht wahr ist, mit dem – wäre es denn wahr – sich ebensogut die Forderung nach einem neuen Programm begrün en ließe. Nein, an der Leitlinie des Godesberger Programms sind wir ein Stück vorangekommen und könnten wir in Zukunßt ein weiteres Stück vorankommen

Die Gründe für die neue Programmanstrengung liegen anderswo. Man kommt ihnen wohl ein Stück

Programmkommission:

Vorsitzender: Willy Brandt. Stellvertretende Vorsitzende: Erhard Eppler, Hermann Rappe und Inge Wettig-Danielmeier.

Mitglieder der Programmkommission: Holger Börner, Ilse Brusis, Horst Fhmke, Hans-Uirich Klose, Richard Löwenthal, Thomas Meyer, Peter von Oertzen, Heinz Rapp, Fritz Scharpf, Sigrid Skarpels-Sperk, Franz Steinkühler, Johano Strasser und Heide Wieczorex-Zeul.

Berater der Programmkommission: Egon Bahr, Hans Eichel, Tilman Fichter, Antje Huber, Reimut Jochimsen, Heinz Kluncker, Hans-Jürgen Krupp, Klaus Matthiesen, Helmut Rohde, Philip Rosenthal, Jürgen Schmude, Ulf Skirke, Günter Verheugen und Christoph Zöpel.

Peter Glotz nimmt als Bundesgeschäftsführer regelmäßig an den Beratungen teil.

Die Vorsitzenden der hierfür in Betracht kommenden Kommissionen beim Parteivorstand und eine Reihe weiterer Genossinnen und Genossen wurden ebenfalls um ihre M.tarbeit gebeten.

näher, wenn man fragt und nachschaut, was an Godesberg sozusagen "fehlt". Auch da ist der Befund nicht grundstürzend, doch führt er weiter. Eine Revue der großen Themen zeigt das. So wird im Godesberger Programm die Gefährdung des Friedens durchaus deutlich angesprochen, aber von dem in den frühen 80er Jahren sprunghaft gewachsenen Erschrecken vor der akuten Bedrohung durch den Rüstungswahn konnte im geltenden Programm noch nichts zu spüren sein. Das gleiche gilt von der anhaltend erkennbaren Entschlossenheit der Millionen nicht nur junger Menschen in unserem Land, die sich nicht länger von der Logik des Wettrüstens die Köpfe vernebeln lassen wollen. In Godesberg traten wir gemäß unseren Traditionen für die Ächtung des Krieges und für kontrollierte Abrüstung ein. Allmählich dämmert uns, daß es allein mit Bekenntnissen zu diesem Erbe nicht mehr getan sein kann: Die akute Gefahr des Wettrüstens, von der konventionellen Rüstung bis zu den geplanten Weltraumwaffen, ist zu grückend.

Zweites Beispiel: die Ökonomie. Gewiß, in Godesberg waren noch genügend Delegierte und zuvor mitberatende Genossinnen und Genossen dabei, die das Hungerelend des arbeitenden Volkes aus eigener Anschauung zu gut kannten, als daß sie der kapitalistischen Prosperität der 50er Jahre restlos vertraut hätten. Gleichwohl lautet im Programm die erste Überschrift des Abschnitts Wirtschafts- und Sozialordnung "Stetiger Wirtschaftsaufschwung", und tatsächlich ist das die Grundannahme von Godesberg: daß im System gemischter Wirtschaft mit einer vernünftigen Konjunkturpolitik nach den Erkenntnissen des guten Lord Keynes die stetige - und das heißt doch wohl: die bruchlose - Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes zu gewährleisten sei. Unterdessen hat uns die Entwicklung aufs neue nachdrücklich klargemacht, daß die Hoffnung auf eine im wesentlichen krisenfrei funktionierende Wirtschaft eine Illusion war.

Angesichts der aktuellen Wucherungen der Finanzmärkte bei gleichzeitigem Niedergang der realen Investitionen und dem Anwachsen sozialer Notstände
weltweit hat man bei uns und anderswo weitere
Hoffinungen begrüben müssen, etwa diese: daß die
Gewinne von heute die Investitionen von morgen
und damit die Arbeitsplätze von übermorgen seien.
Die Welt ist offenbar komplizierter, die Ökonomie
scheint doch nicht ganz in der Psychologie aufzugehen, und es bewahrheitet sich einmal mehr die
Lebenserfahrung, daß man die Mittel de: Politik
nicht verklären sollte. Das Problem "Kontrolle wirtschaftlicher Macht", von dem wir ein Jahrzehnt nur
leise gesprochen haben, ist ungelöst wie eh und je.

Drittes Beispiel: die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen. Das Godesberger Programm ist dazu keineswegs stumm. Ich zitiere: "Technik und Zivilisation setzen heute den Menschen einer Vielzahl von gesundheitlichen Gefährdungen aus. Sie bedrohen nicht nur die lebende, sondern auch künftige Generationen." Die Folgerungen aus der treffenden Analyse sind freilich ausschließlich gesundheitspolitischer Natur – eine Beschränkung, deren Unzulänglichkeit mittlerweile Offen zutage liegt.

Über die Beispiele hinaus: Der Hauptunterschied zwischen 1959 und 1984 liegt doch wohl darin, daß damals Zukunft als Fortschreibung bestehender Trends selbstverständlich erschien, während dies heute für uns nicht mehr vorstellbar ist.

Vermutlich ist seit 1959 doch mehr vergangen als bloß ein Vierteijahrhundert. So kann ich mich bisweilen des Eindrucks nicht erwehren, daß die sehr alte, sehr mächtige und gerade in unserem Kulturkreis das Denken und das Handeln regeirech: beherrschende Vorstellung vom Menschen, der ausersehen sei, sich die Welt untertan zu machen, mehr und mehr an Anziehungs- und Überzeugungskraft verliert. Ich komme auf diesen Eindruck zurück.

Wenn er richtig ist, dann liegt fürs erste der Schluß nahe, daß die Gründe für die neue Programmanstrengung nicht einfach in dem liegen, was an Godesberg sozusagen "fehlt". Dann sind sie wohl eher darin zu finden, daß heute manches von Bedeutung anders ist als vor 25 Jahren und daß in der Partei das Bedürfnis wächst, unsere Politik darauf einzustellen.

Es ist ja wirklich manches anders geworden. Die Erde muß heute fast finnf Milliarden Menschen ernähren, damals waren es noch weniger als drei Milliarden gewesen; bald sind es sechs. In der UNO sind heute inicht mehr 82 Staaten repräsenttert, sondern nahezu doppelt so viele, nämlich 159. Und wenn das Klima in den Ost-West-Bezichungen heute kaum weniger rauh ist als Ausgang der 50er Jahre, so haben wir in der Zwischenzeit doch eine Periode der Entspannung und Kooperation erlebt und däbei Erfahrungen gesammelt, die vor einem Vierteljahrhundert nicht, zur Verfügung ständen.

Für einige andere Bereiche gilt das nicht minder. Zwischen 1959 und heute liegen Anfang und Ende von 16 Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung im Bund, Anfang und Ende eines historisch beispiellosen Ausbaus des Systems der sozialen Sicherung in diesem Lande. Zwischen 1959 und heute liegen Aufstieg und Zerfall der Studentenbewegung und außerparlamentarischer Oppositionen, die Entwicklung einer sektenhaften Gruppen-Kultur. Erfahrungen mit dem Terrorismus, der Aufstieg der Grünen, eine auf beeindruckende Weise wiedergewonnene Anziehungskraft des Glaubens und manchmal auch der Irrationalität. Und, vielleicht wichtiger als das meiste, was ich bisher erwähnte: Die Frauen haben sich im letzten Jahrzehnt in einem Ausmaß von alten Klischees und überkommenen gesellschaftlichen Zwängen gelöst, das hoffen läßt - hoffen, daß dieses Stück neuer Freiheit auch unter dem wieder stärker spürbaren Druck von Reaktionären aller Couleur bewahrt werden könne.

Diese Aufzählung ist selbstverständlich nicht umfasend, aber ich denke, sie genügt, um die These zu illustrieren, daß sich seit Godesberg in der Tat manches von Bedeutung zugetragen hat. Dadurch ist nicht nur die Gesellschaft, die Welt, in der wir leben, anders geworden. Auch die Sozialdemokratie, unsere Partei hat sich geändert und wir in ihr. Unsere Anschauungen von der Welt sind infolgedessen nicht mehr ganz die gleichen wie zu jener Zeit, als das Godesberger Programm erarbeitet wurde. Und es sind – das zeigt sich auf den von mir angesprochenen zentralen Politikfeldern: Sicherung des Friedens, Sicherung der wirtschaftlichen Existenz, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen – es sind Änderungen nicht nur im Nebensüchlichen.

Wenn Sie erlauben, möchte ich in diesem Zusammenhang nochmals auf den Eindruck zurückkommen, von dem ich vorhin sprach: daß die Vorstellung vom Menschen, der auszicht, sich die Erde untertun zu machen, an Glanz verliere. Wenn das so ist, dann ist in der Tat eine Haupt-Sache dabei, ins Wanken zu geraten, keine Neben-Sache

Nun kenne ich die Einwände gegen diese Diagnose, und ich nehme an, wir kennen sie miteinander. Wer auf die Vereinigten Staaten blickt und sicht, wie unter hausbacken konservativem Vorzeichen die neue Zuversicht zelebriert wird und die alte Illusion Urstände feiert, daß alles machbar sei, so man nur wolle, der mag seine Zweifel womöglich nicht unterdrücken können. Da wird die Hoffnung entzändet wie früher eine Gaslaterne; man muß nur befürchten, daß ihr Licht die Szenerie nicht wirklich erhellt. Ich bin ziemlich sicher, daß der neue Aufbruch zu alten Ufern eine arge Selbsttäusehung ist, die Ummantelung eines – mit Verfaub – ziemlich gewöhnlichen zyklisenen Außenwungs der Wirschaft mit trozigen Reden, aber weiig Rücksicht auf andere, nostalgischen Gebärden und den rafilmierten Accessoires der modernen Sedenfängere.

In Wahrheit, und das heißt: erstens in Perspektive, zweitens mit Blick nicht nur auf die USA, sondern tendenziell auf die ganze Welt, drittens bei Berücksichtigung nicht allein und nicht primär jener, die im Licht sind und gut davon reden – in Wahrheit sage ich, führt auf den Pfaden eines neu aufgemotzten Bestizindividualismus kein Ausweg aus der Kriste.

Gewiß, man mag streiten, in welcher Form und in welcher Verfassung der Sozialstaat eine Zukunft hat aber daß die Zukunft dem Sozialstaat und nicht dem wieder auferstandenen Frühkapitalismus gehören muß, wenn die Demokratie eine Zukunft haben soll, diese Erkenntnis werde ich nicht preisgeben.

Gewiß, man mag streiten, wie in den Außenbeziehungen der Staaten das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit am besten verwirklicht wird – nur: daß die Völker in Zukunft allein dann annähernd sicher nebeneinander leben werden, wenn sie ihre Sicherheit auch militärisch mitelinander organisieren statt gegeneinander, das, scheim mir, ist unabweisbar; durch das Streben nach Überlegenheit ist jedenfalls noch kein Kries auf Dauer verbin der worden.

Gewiß, man mag streiten, wie am besten, wie rasch und in welcher Kostenteilung von Land zu Land die Sanierung und der Schutz der natürlichen Umwelt vorangetrieben werden sollte – aber daß dies geschehen mut, wenn die menschliche Rasse eine Zukunft auf diesem Planeten haben soll, daß die Zu-und Hinrichtung der Natur einem planvollen, fast hätte ich gesagt: gärnerischen, pflanzenden Umgang Platz zu machen hat, das bestreiten doch nur noch jene Phantasten, die ein dickes Fell für Realismus und den alten Trott für Realpolitik halten.

Sie sehen: Ich gehöre nicht zu den Leuten, die mit dem Fortschrittsbegriff immer weniger anzufangen wissen, weil sie sich immer weniger Vernünftiges unter Fortschritt vorstellen können – im Gegenteil. Wer aus der Arbeiterschaft kommt, mit den Idealen des demokratischen Sozialismus aufgewachsen ist und sich heute nicht ins Bockshorn jagen lißt von Verpackungskünstlern und Wortverdrehern, der ist gewöhnlich weit davon enfernt zu glauben, die Arbeiterbewegung habe ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt.

Die moderne Arbeiterbewegung war angetreten, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Erniegung, ohne Not zu schaffen, eine Gesellschaft der Freien und der Gleichen, eine Gesellschaft, in der das gute Leben kein Vorrecht des Standes oder der Klasse mehr sein sollte. Wer Augen hat zu sehen, der sicht, daß dieses Ziel lange nicht erreicht ist: nicht daheim und sehon gar nicht in der weiten und

dabei doch immer mehr aufeinander angewiesenen Weh. Damit das Ziel erreicht werde, ist Fortschritt nötig, nach wie vor.

Der Begriff bleibt indes nicht allein in dieser sozusagen klassischen Fassung sinnvoll. Um Fortschritt geht es gerade auch dann, wenn die menschliche Existenz schlechthin gefährdet ist: sei es durch Krieg, sei es durch Vergiftung der Natur, sei es durch die schleichende Zerstörung jener Art von Arbeit, die nicht nur den Broterwerb erlaubt, sondern auch Aneignung der Welt und Bildung von Verstand und Gemüt, Ich bin überzeugt: Ob diese Welt eine friedliche werden wird, ob auch noch unsere Enkel ihre Luft atmen, ihr Wasser trinken können, oh auf ihr die sinnvolle Arbeit eine Chance. hat und der Mensch, der mit ihr sein Leben bestreitet, das wird nicht zuletzt davon abhängen, wieviel Fortschritte wir Sozialdemokraten auf dem Weg zur gemeinsamen Sicherheit, zur Versöhnung mit der Natur, zur Humanisierung der Arbeit machen werden.

Hier schließt sich dann der Kreis. Ich sagte eingangs, daß wir zwar kaum neue Grundwerte und Grundsätze, wohl aber ein neues Pregramm brauchen werden. Jetzt lüge ich hinzu: Wir brauchen deshalb kaum neue Grundsätze, weil der soziale Wandel und die neu oder in neuer Form außetauchten Probleme, von denen ich einige ansprach, ja gerade nicht jene bloßstellen, denen es mit der konkreten Utopie der sozialen Demokratie, des demokratischen Sozialismus ernst ist. Sondern akkurat die anderen, diejenigen mit den mehr oder weniger eleganten Gewaltmethoden, wo es um die Beziehungen der Menschen zueinander und der Menschen zu ihrer natürlichen Umwelt geht.

Dies in verständlicher Form klarzumachen, wieder klarzumachen – das ist unsere Aufgabe auf dem Weg zum neuen Programm und die Aufgabe des neuen Programms selber. Wir wollen Godesberg sicht ausföschen: Wir wollen es der Zeit gemäß weiterentwickeln. Das aber heißt: Wir werden so mit ihm umgehen, wie eine kämpfende, zugleich traditionsbewußte und zukunftsorientierte Partei mit ihrem Erbe verfährt. Also im Sinne jenes großen französischen Sozialisten, von dem der Satz stammt: "Wir wollen aus der Vergangenheit das Feuer übernehmen, nicht die Asche-

Rede von Peter von Oertzen

In einer kürzlich - in der Festschrift zum 75. Geburtstag Alfred Kubels - veröffentlichten Studie Susanne Millers "Zur Wirkungsgeschichte des Godesberger Programms" findet sich gleich zu Beginn eine Bemerkung, die nicht nur von sachlich-historischem Interesse ist, sondern auch eine - wenn man so will - ironische politische Pointe von aktueller Bedeutung enthält. Willi Eichler - ohne Zweifel einer der wichtigsten unter den Fürsprechern und Verfassern des neuen Grundsatzprogramms - hat, so schreibt Susanne Miller, "nicht erwartet, daß ... gerade ihm, dem früheren Vorsitzenden des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) und scharfem Kritiker sowohl der Politik der Weimarer Sozialdemokratie als auch der marxistischen Geschichtsphilosophie die Leitung der Programmarbeiten der SPD übertragen werden würde".

Ich gestehe offen - und niemanden, der meinen politischen Lebensweg ein wenig kennt, wird das wundern -, daß ich heute an dieser Stelle die damalige leise Verwunderung Willi Eichlers gut nachempfinden kann. Denn daß die ehrenvolle Aufgabe, zum 25. Jahrestag der Verabschiedung des Godesberger Programms dessen Charakter und seine Auswirkung öffentlich zu würdigen, einem Manne übertragen worden ist, der 1959 einer der Hauptsprecher jener kleinen Gruppe von Delegierten war, die sich gegen das neue Programm entschieden hat, ist sicher nicht ganz gewöhnlich; und ganz sicherlich entbehrt dieser Umstand auch nicht einer gewissen Ironie. Es ist dies übrigens, wie ich hoffe noch zeigen zu können, nicht die einzige ironische Wendung in der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des Godesberger Programms.

Willy Brandt hat in seinem einführenden Referat die wichtigsten jener gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und damit auch die wichtigsten der aus diesen Entwicklungen hervorgewachsenen Probleme dargelegt, die es uns Sozialdemökraten geboten erscheinen lassen, die Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm zu eröffnen. Ich will die Feststellungen unseres Vorsitzenden weder wiederholen noch kommentieren, zumal ich ihnen in der Sache zustimme.

leh betrachte es als meine Aufgab an diesem Tage, unseren Bliek zurückzulenken, zurück auf die Entstehungsgeschichte des Grundsatzprogrammes, auf den Kern der mit seiner Verabschiedung gefällten politischen Entscheidungen, wie schließlich ein wenig – mit Susanne Miller gesprochen – auf die Wirkungsgeschichte des Godesberger Programms und die gesellschaftlich-politische Entwicklung der seit 1959 verzangenen 25 Jahre.

Daß Parteiprogramme in der Geschichte der sozialistischen Bewegung, insbesondere in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, stets eine besondere Rolle gespielt haben, und daß demgemäß die Ersetzung eines alten durch ein neues Grundsatzprogramm einen besonders markanten Abschnitt in der Geschichte der Partei darstellt, ist bekannt und unbestritten. Aber welche Bedeutung hat ein Grundsatzprogramm wirklich für die Entwicklung und den Charakter unserer Partei? Das Grundsatzprogramm ist unzweifelhaft nur ein Teil des politischen und sozialen Gesamtcharakters der Partei, wenn auch sicherlich ein sehr wichtiger

- es markiert die weltanschaulichen, theoretischen und - im günstigsten Fall - die politisch-strategischen Grundpositionen der Partei;
- es dient als Legitimationsgrundlage für die praktische Politik (wegen der unvermedlichen Allgemeinheit seiner Aussagen freiheh kaum je als konkrete Handlungsameisenung); und im Falle innerparteilieher Konflikte wird es nicht selten als Berufungsinstanz der mitemander streitenden Strömungen geoder mißbraucht;
- und schließlich vorausgesetzt das Programm ist klar, einprägsam und lebendig geschrieben (zu unweifelhaft das Godesberger Programm) – ist es eine Art politischer Visitenkarten der Partei (obwohl man die Zahl derjenigen SPD-Mitglieder, die primär aufgrund der Lektüre des Programms in die Partei eingetreten sind, tunlichst nicht überschätzen sollte).

Daneben prägen andere Faktoren den politisch-sozialen Gesamtcharakter der Partei, und sie tun es in der Regel in erheblich höherem Grade als das Grundsatzprogramm.

- Für die praktische Politik spielen Wahlprogramme, Leitlinien oder aktuelle Entschliebtungen auf allen Ebenen der Politik und auf den verschiedenen Sachgebieten eine unvergleichlich viel gr\u00fcbere Rolle als das Grundsatzprogramm (man denke an die politische Wirkung, die die Schulreformkonzeptionen der Partei auf dem H\u00f6bepunkt sozialdemokratischer Reformhoffnungen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre ausszeibt haben).
- ◆ Von gar nicht zu überschätzender Bedeutung ist ferner die tatsächliche politische Praxis der Partei und ihrer Vertreter, die ·· wie wir oft genug schmerzlich erfahren haben · mit den Programmen, Leitlinien oder Parteitagsbeschlüssen nicht immer völlig übereinstimmt (um es höflich zu sagen), ein Umstand übrigens, der zum lesten Bestand der vor allem von der jüngeren Generation an uns geübten Kritik gehört (Stichwort; "Glaubwürdigkeit").
- Von entscheidender Prägekraft, gerade für eine Partei, die aus einer bestimmten sozalen Bewegung – hier der "Arbeiterbewegung" – hervorgewachsen ist, ist auch die soziale Zusammensetzung der Partei, sind ihre speziellen Beziehungen zu sozialen Klassen, Schichten oder Gruppen (Stichwort: "Arbeiterpartei" oder, "Volkspartei")
- Auf ähnliche Weise prägt auch die Organisationsstruktur den Charakter einer Partei: Kaderpartei oder Massenpartei, autoritär-bürokratischer oder dezentral-demokratischer Aufbau, Vorherrschaft eines "Apparats" oder Übergewicht des ehrenamtlich tätigen Elements usf.
- Und nicht zuletzt schließlich bestimmt der allgemeine Umgang der Partei mit sich selbst und mit den Bürgern – ihr "Stil", wenn man so will – ihren Charakter: Ob eine Partei sich von der Gesellschaft abkapselt oder sich ihr öffnet, ob sie paternalistisch-

autoritär mit den Menschen umgeht oder schwesterlich/brüderlich, ob sie eine "Avantgarde"-Rolle beansprucht oder nicht.

Wenn diese Kurzanalyse der Rolle eines Grundsatzprogramms zutrifft, dann muß die Ersetzung eines Programms durch ein anders, neues eine tießpreifende Änderung des politisch-sozialen Gesamtcharakters der Partei ausdrücken, eine echte "Wende" in der Geschichte der Partei; oder aber das neue Programm ist nicht viel mehr als ein neuer Text anstelle eines allen.

In der Tat haben alle wirksamen und bedeutenden Programme in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie eine solche umfassende Neudefinition ihres Wesens und ihrer Aufarb- zum Inhalt gehabt und zum Ausdruck gebrach

- Die Grundsatzprogranime des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Eisenacher Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ebenso wie das Gothaer Vereinigungsprogramm von 1875 markierten die Konstituterung der deutschen Arbeiterbewegung als einer selbständigen politischen Kraft gegenüber der bürgerlich-kleinbürgerlichen Demokratie
- das Erfurter Programm von 1891 eröffnet die Epoche der demokratischen Arbeiter-Massenpartei; und es verknüpft in seinem, wenn auch verengt und dogmatisiert, marxistischen Grundsatzteil für einen historischen Abschnitt die Idee des Sozialismus mit der modernen Arbeiterbewegung;
- das Görlitzer Programm von 1921 ist der angemessene Ausdruck der nach der Abspaltung der revolutionären kommunistischen Strömungen sich neu konstituierenden reformistischen Sozialdemokratie, während das Heidelberger Programm von 1925 ein merkwürdiger politisch folgenloser Zwitter geblieben ist: Neben dem scheinbar streng marxistischen Grundsatzteil steht völlig ohne Zusammenhang der Aktionsprogrammteil von Heidelberg; er steht im Grunde Görlitz 1921 und dem parallel dazu sich entfaltenden Wirtschaftsdemokratie-Vorstellungen der freien Gewerkschaften inhaltlich viel näher als den Heidelberger theoretischen Aussagen. Im Heidelberger Programm mehr noch als im Erfurter, in dem man nicht ohne Grund ähnliche Strukturen bemerkt hat, wird die fast schizophrene Trennung von reformerischer Alltagspraxis und sonntäglicher "sozialistischer Weltanschauung" gewissermaßen zur Institution.

Ausdruck einer solchen "Wende" in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie war nun ganz gewiß auch das Godesberger Programm. Für die hier besiegelte Neudefinition des politisch-sozialen Gesamtcharakters der SPD gibt es seil langem eine ebenso grobe wie gängige Charakterisierung: Aus einer revolutionären, marxistischen, sozialistischen klassenkämpferischen Arbeiterpartei sei eine parlamentarische reformerische, demokratisch-soziale Volkspartei geworden. Oder um es in der Sprache der konservativen Desinformationskampagnen auszudrücken: Aus einer Partei umstürzlerischer "Sozialer Demokraten".

Diese Charakterisierung ist wirkungsvoll, weil unge-

mein schlicht, und daher weit verbreitet (nicht zuletzt auch in den Reihen unserer eigenen Partei). Dabei ist von Interesse, daß dieses simple Schoma – wenn auch mit umgekehrten, uämlich negativen Vorzeichen – auch von dogmatischen "inken" Kriikern der SPD verwendet worden ist und immer wieder verwendet wird.

Natürlich ist diese Version nicht gänzlich falsch. sondern nur zur Hälfte. Aber Halbwahrheiten sind oft schädlicher, weil verwirrender als ganze Unwahrheiten. Ein Teil der "linken" Kritiker des Godesberger Programms hat schon unmittelbar nach seiner Verabschiedung den Charakter der Godesberger "Wende" ganz anders beurteilt. Ich selbst habe wenige Wochen nach dem Godesberger Parteitag geschrieben: "Es kann ... keine Rede davon sein, daß die SPD - wie es ein wohlfeiler Radikalismus gerne proklamiert - den Sozialismus "verraten" habe. Wenn der Begriff "Sozialismus" in seiner vollen, d.h. in seiner durch Marx geprägten Bedeutung verstanden wird, ist die SPD schon seit langem keine sozialistische Partei mehr gewesen. In unserer gegenwärtigen Situation ... ist ... demokratische und soziale Reformarbeit die einzig mögliche praktische Politik. Gegen ein solides Programm reformistischer Politik wäre also gar nichts einzuwenden. Was wir gegen das Godesberger Programm inwenden sollten, ist also nicht so sehr, daß es nicht sozialistisch ist als vielmehr, daß seine eigenen reformerischen Projekte nicht hinreichend begründet und folgerichtig durchdacht sind ... "

Es wäre außerordentlich reizvoll, die einzelnen Elemente der Godesberger "Erneuerung" in ihrer Entwicklung aus der Nachkriegsgeschiehte der SPD zwischen 1945 und 1959 heraus darzustellen (wobei die beiden schweren Bundestagswahlniederlagen von 1953 und 1957 und die ihnen folgenden sogenannten "Erneuererdebatten" eine zentrale Rolle spielen müßten). Aber der begrenzte Rahmen dieser Rede verbietet ein solches Unternehmen und verweist mich statt dessen auf eine skizzenhafte Kurzeharakteristik dieser Elemente.

- Grundlegend und zentral war der Abschied von Ideenwelt, Redewsise und Gebaren des traditionellen "revolutionären" sozialistischen Radikalismus, oder anders ausgedrückt: der Abschied vom "Marxismus" als einem geschlossenen, scheinbar wissenschaftlich begründeten, im wahrsten (Marxschen) Sinne des Wortes "ideologischen" Denksystem. Verbunden wurde damit der Verzicht auf eine in sich geschlossene weltanschaulich-theoretische Begründung des Programmatischen Entscheidungen für eine Mehrzahl möglicher theoretischer Begründungen.
- Positiv entsprach diesem Abschied vom "Marxismus" das offene, unverhüllte, eindeutige Bekenntnis zu einer Politik der Reformen, zur parlamentarischen Demokratie und zum Staat des Grundgesetzes. Einprägsamer Ausdruck dieser Wendung, weg von den großen "sozialistischen" Neuordnungsversprechungen hin zu konkret begründeten schrittweisen Veränderungen war die Parole, die den ersten Nach-Godesberger Bundestagswahlkampf von 1961 beherrschte; "Wir wollen nicht alles ändern, aber wieles besser machen."
- Dem entsprach auch der endgültige Verzicht auf

den – zumindest als Gefühlsströmung immer noch mächtigen – traditionellen Antimilitarismus sowie das Bekenntnis zur "Landesverteidigung". Zugleich mit der Absage an alle noch vorhandenen außenpolitisch neutralistischen Anwandlungen fand diese Veränderung ihren krönenden Abschluß mit der Akzeptierung der NATO durch Herbert Wehner und Fritz Erler in der Bundestagsdebatte vom 30. 6.

- · Von entscheidender Bedeutung war ferner die Umdefinition der SPD von einer "Arbeiter-" oder "Klassenpartei" zu einer "Volkspartei", verbunden mit dem Infragestellen von mancherlei Symbolen und Formen, die die traditionelle "sozialistische Weltanschauung" zum Ausdruck brachten (wie die Verwendung der roten Fahne, teilweise und zu Zeiten auch die Anredeform "Genosse" und "Du" und die Schlußformel "mit sozialistischem Gruß"; ich erinnere mich übrigens noch sehr deutlich an das letzte Rundschreiben des Parteivorstands, unterzeichnet: "mit sozialistischem Gruß", und an das erste darauffolgende, unterzeichnet: "mit freundlichen Grüßen". Daß einige dieser Ergebnisse der Godesberger "Erneuerung" sich übrigens teilweise als sehr kurzlebig erwiesen haben und längst wieder vergessen worden sind, ist ein sozialnsychologisch höchst interessanter Umstand.).
- · Weniger von programmatischer als von freilich kaum zu überschätzender - sozialpsychologischer Bedeutung war der Verzicht auf den tief in der Parteifunktionärsschicht verwurzelten freidenkerischen Antiklerikalismus und das offene Bündnisangebot an die christlichen Kirchen. Höchst charakteristisch für den Zustand der Vor-Godesberger SPD scheint mir zu sein, daß einzig und allein bei diesem Punkt die geschlossen agierende Parteiführung um ein Haar eine Niederlage erlitten hätte und ihre Formulierungen nur durch eine - sagen wir einmal - besonders großzügige und elegante Handhabung der Geschäftsordnung retten konnte. Und eine der von mir zuvor in Aussicht gestellten ironischen Pointen besteht darin, daß gerade bei dieser Frage die "linke" Kritik am Godesberger Programm durch die folgende geschichtliche Entwicklung als völlig irrig widerlegt worden ist. Die in dem geänderten Verhältnis zur christlichen Tradition ausgedrückte neue geistige Offenheit der Partei gehört heute unzweifelhaft zu den wesentlichsten und völlig unverzichtbaren Ergebnissen von Godesberg. (Ob freilich die Befürworter dieser Öffnung geahnt haben, daß heutzutage nicht selten radikale Christen zu den Hauptträgern "linker" Kritik an der Godesberger SPD zählen, scheint mir rückblickend einigermaßen zweifelhaft; übrigens auch zum Thema; ironische Pointen.)
- Von schlechthin ausschlaggebender Bedeutung war sodant. auch im Bewußtsein der Partei und der Godesberger Delegierten von 1959 die Neudefinition der gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der SPD. Die prinzipielle Anerkennung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Beschränkung der ursprünglich zentralen Sozialisierungsforderungen auf die Rolle eines Mittels u.a., der Vorrang der Marktwirtschaft vor der Planung und die Reduktion der traditionellen Planungsvorstellungen auf ein die Privatwirtschaft nicht bindendes Nationalbudget lassen anstelle der verbal immer noch aufrechterhaltenen Ersetzung des Kapitalismus

durch den Sozialismus nunmehr einen demokratisch und sozial gebändigten Kapitalismus als den politökonomischen Kern des geforderten "demokratischen Sozialismus" erscheinen

Freiheh ist das Godesberger Programm in keinem anderen zentral wichtigen Teil seines Textes so wenig eindeutig wie in der Frage der neuen Wirtschaftsordnung.

Unter deutlicher Abweichung von den soeben zitterten zentralen Forderungen der untrischaftspolitischen Kapitel des Programms finden sich an anderer Stelle Aussagen, die eine wesentlich stärker betonte antikapitalistische, traditionell sozialistische Interpretation zulassen oder sogar nahelegen.

- Ganz abgesehen von der Proklamation des "demokratischen Sozialismus" als einer – ganz umfassend verstandenen – "neuen und besseren Ordnung der Gesellschaft" in der Präambel findet sich
- im Kapitel, Grundfordsrungen für eine menschenwürdige Gesellschaft" der Satz: "In der von Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung." Diese prinzipiell antikapitalistische Kritik würde nähme man sie wörtlich unzweifelhaft sehr viel tieterreichende Eingriffe in die bestehende Wirtschafsordnung gerechtfertigt haben, als sie tatsächlich im Godesberger Programm gefordert werden.
- Dasselbe gilt auch für die einleitenden Passagen des Kapitels, Eigentum und Macht" mit dem wuchtigen Kernsatz "Wirtschaftliche Macht wird zur politischen Macht" (das hier zum Ausdruck kommende Verständris des Verhällnisses von Grobwirtschaft und Politik hat übrigens eine interessante strukturelle Ähnlichkeit mit zentralen Thesen der sogenannten "Theorie des staatsmonopolistischen Kapitallismus" – und ist demagemäß den originären Marxschen Ansichten zu diesem Thema genauso fern wie diesel.
- Das Programm einer umfassenden Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft wird mit der Forderung begründet: "Der Arbeitnehmer muß aus einem Wirtschaftsuntertan zu einem Wirtschaftsbürger werden." Legte man diese Textstelle ganz strikt aus, dann müßte man zu dem Ergebnis kommen, daß die Arbeitnehmer da jenes Mitbestimmungsprogramm ja bis heute nicht verwirklicht worden ist auch jetzt noch "Wirtschaftsuntertanen" seien; und das wäre in der Sache kaum etwas underes als die Definition der Arbeitnehmerschaft als einer wenn schon nicht unterdrückten, so doch zumindest unterprivilegierten "Klasse"
- Der Schlußabschnitt "Unser Weg" schließlich verfillt stellenweise fast unverändert wieder in Begrifflichkeit und Sprache klassenkämpferischer Traditionen: "Die Vorrechte der herrschenden Klassen zu
 beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen das war und ist
 der Sinn des Sozialismus."

Daß gerade in die ökonomischen Teile der gesell-

schaftspolitischen Zielvorstellungen so relativ viel Anklänge an die marxistisch-sozialistische Überlieferung eingegangen sind, war kein Zufall. Gerade gegenüber der wirtschaftspolitischen "Modernisierung" war der Widerstand in den Reihen traditionalistisch gesonnener Sozialdemokraten besonders stark: die prinzipielle Gegnerschaft zum Kapitalismus, die Betonung des Klassencharakters der gegenwärtigen Gesellschaft und die Forderung nach Sozialisierung von Industriezweigen wurden als Kernstücke des überkommenen sozialdemokratischen Programms betrachtet. Dementsprechend sammelten sich um die Versuche, durch Abänderungsanträge solche und ähnliche Gedanken wieder im Programm zu verankern, auch relativ starke Minderheiten - die meiner Erinnerung nach in einigen Fällen an die 100 von 340 Delegierten zählten.

Diesen Kritikern entgegenzukommen, lag also im Interesse der Parteiführung und der Verfasser des Programmentwurfs. Für wie wichtig - und auch: für wie schwierig - es die damalige Parteiführung gehalten hat, gerade auf diesem Felde Zweifler und Zögerer für das Programm zu gewinnen, zeigt vor allem der großartige, leidenschaftliche, beschwörende Diskussionsbeitrag Herbert Wehners in der Generaldebatte des Parteitags. Noch heute wird sich kein Leser des Protokolls der mitreißenden Kraft dieses Appells gänzlich entziehen können. Taktisches Kernstück seiner Rede war der Satz: "Jeder Schritt wirklicher Bewegung, demokratischer Bewegung, Arbeiterbewegung und Arbeitnehmerbewegung ist wichtiger als noch so präzise ausgedachte Programmformulierungen." Jedenfalls enthalte das Programm (man muß wohl hinzudenken: bei allen möglichen Mängeln) "eine ganze Anzahl entscheidender und bis heute vielfach vernachlässigter Ansätze" für eine Umgestaltung unserer demokratischen Ordnung, weg von Kasten-, Cliquen- oder Klassenherrschaft; und nichts darin erschwere oder verbiete es gar den Sozialdemokraten das zu tun, was sie "zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben". Ich bin sicher, daß diese Argumentation mehr als einen Delegierten dazu bewogen hat, dem Programm am Ende des Parteitages trotz mancher Einwendungen schließlich seine Zustimmung zu geben.

Das Bemerkenswerte an den hier skizzierten programmatisch. Elementen der Godesberger "Wende" ist freilich, uaß sie alle im Grunde gar nicht neu waren und durchaus nicht erst im Laufe der Programmdebatte vor Godesberg entwickelt worden sind.

- Der Marxismus hatte außer in Gestalt einer marxistisch beeinflußten "sozialistischen Weltanschauung" – jeden realen Einfluß auf die Politik der SPD spätestens seit 1914 verloren;
- demokratisch-soziale Reformarbeit und das Bekenntnis zum parlamentarisch-demokratischen Staat ("unserer Republik") waren spätestens seit 1919 bei der großen Mehrheit der SPD unumstritten (die – vorhandene – linkssozialistische Strömung mit ihrer Parole: "Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziei" war und bileb eine begrenzte Minderheit);
- der emotionale Antimilitarismus und Pazifismus war trotz fortdauernden und begründeten politischen Mißtrauens in die Reichswehr mit den Beschlüssen

des Magdeburger Parteitags von 1929 durch eine rationale demokratische Wehrpolitik zurückgedrängt
worden (im Görlitzer Programm übrigens war noch
die "Abschaffung der Reichswehr" gefordert worden,
vier Jahre später in Heidelberg nur mehr ihre "Umgestaltung zu einem zuverlässigen Organ der Republik", während das Erfurter Programm 1891 die heute gänzlich unvorsteilbaren Sätze enthielt: "Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr
anstelle der stehenden Heere.")

- Der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder nach - von den leitenden Gremien ganz zu schweigen - war die SPD schon lange vor Godesberg keine "Arbeiterpartei" mehr, sondern eher eine "Volkspartei". Die auf dem Dortmunder Parteitag 1952 bekanntgegebene soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft entsprach im großen und ganzen der sozialen Zusammensetzung der bundesrepublikanischen Bevölkerung nach der ersten Volkszählung von 1950, abgesehen von der relativ stärkeren Repräsentation der Arbeitnehmer und der relativ schwächeren Repräsentation der Selbständigen; aber diese sind, wie wir wissen, heute noch in unserer Mitgliedschaft unterrepräsentiert (Auf die erwerbstätigen Mitglieder umgerechnet betrug das Verhältnis Arbeiter: 55,5:51%; Angestellte und Beamte: 27,1: 20.5 %; Selbständige: 17.4:28.5 %):
- die traditionellen freidenkerisch-antikirchlichen Sentiments waren zwar in der Partei - vor allem in der Funktionärsschicht – noch sehr stark, wie wir gesehen haben, aber objektiv war ihre Vorberrschaft in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung schon gebrochen; nicht zuletzt hatte die Bildung der Einheitsgewerkschaft mit ihrer einfulßreichen christlich-sozialen Strömung dazu beigetragen. Und spätestens mit dem Übertritt (Bustav Heinemanns und seiner Freunde von der GVP zur SPD war die letzte Schranke für das Wirken bekennender und praktizierender Christen in der Sozialdemokratie fortgefallen.
- Was das on heiß umstrittene wirtschaftspolitische Programm anbetraf, waren schon im G\u00fcrilizer Programm und teilweise w\u00fcrtifch aus ihm \u00fcberrommen im Aktionsteil des Heidelberger Programms sehr "modern" anmutende Elemente enthalten, einschlie\u00e4lich der Forderung des "Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse". Der prinzipielle Vorrang der Marktwirtschaft vor der Planwirtschaft gem\u00e48 dem Grundsatz: "Wettbewerb soweit wie m\u00f6gieht Planung soweit wie n\u00f6tig!" war bereits 1953 auf der wirtschaftspolitischen Konferenz zu Bochum offiziell proklamiert und 1954 in das Aktionsprogramm der Partei aufgenommen worden.

Und dennoch: Das Bild der Partei in der Öffentlichkeit – und wohl auch das Bild der Partei in den Augen vieler ihrer Mitglieder und Funktionäre – entsprach ihrem wirklichen, ihrem objektiv konstatierbaren Zustand nicht.

Heinrich Deist, neben Willi Eichler und Adolf Arndt wohl der wichtigste Förderer und Mitverfasser des neuen Programms, hat auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 diesen merkwürdigen Zustand in ebenso zutreffender wie plastischer Weise chankterisiert: Zwischen 1918 und 1933 sei in der SPD "die ganze Dieminologie und die ganze Diskussion von bestimmten dogmatischen Vorstellungen beherrscht*

gewesen, "denen gegenüber eine völlig opportunistische Politik geführt wurde, die mit der vertretenen Doktrin nicht mehr das geringste zu tun hatte"; und er zog aus dem damaligen Zustand für die Gegenwart die überzeugende Schlußfolgerung; "Zwischen unserer politischen Doktrin und dem konkreten Handeln darf es keinen Zwischenhandel mit Antiduitäten geben."

Die Frage, die sich dem rückblickenden kritischen Betrachter stellt, lautet: Wie und aufgrund wielher Umstände konnte dieser "Zwischenhandel" überleben? Wie konnte der durchaus wirksame Schein eines politisch sozialen Gesamtcharakters der Partei überleben, obwohl er ihrem wirklichen Charakter sehon längst nicht mehr entsprach?

Meine These lauter:

- 1. Bis zum Ende der 50er Jahre wurde die SPD durch bestimmte soziale und organisatorische Strukturen geprägt, denen bestimmte ideologische Formen entsprachen; diese Strukturen und diese ideologischen Formen verdunkelten den wahren Charakter der SPD als einer demokratisch-sozialen Volkspartei und lähmten dadurch die Wirksamkeit der diesem Charakter entsprechenden praktischen Reformpolitik.
- 2. Erst die organisationspolitischen Beschlüsse (und die daraus folgenden personalpolitischen Entscheidungen) des ordentlichen Parteitages von Stuttgart 1958 haben diese Strukturen aufzulösen begonnen; sie in erster Linie haben den Gesamtcharakter der Partei verändert und damit erst der programmatischen Erneuerung den Weg freigemacht. Der Stuttgarter Parteitag ist insofern für die Godesberger "Wende" nicht weniger bedeutsam gewesen als die Verabschiedung des neuen Programms auf dem Godesberger Parteitag selbst.

Welches waren nun jene Strukturen? Ich kann hier und heute aus naheliegenden Gründen die eigenlich erforderliche historisch-soziologische Analyse dieser Strukturen nicht vortragen. Einige wenige skizzenhaft vereinfachte Ke.nrzeichnungen müssen genügen. Die Vor-Godesberger SPD war – ungeachtet ihrer demokratischen Organisation, ungeachtet der "volksparteilichen" sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft und ungeachtet ihrer durchaus unideologisch-pragmatischen Politik – in ihrer Mehrheit eine weltanschaulich geschlossene zentralistisch geführte Arbeiterfunktionärsparter.

(Sie repräsentierte damit eine Spätform jenes Typs der modernen sozialistischen Arbeitermassenpartei, für den in der Weimarer Zeit der Begriff der "Integrationspartet" entwickelt wurde – Heinz Mart, Siegmund Neumann – und auf den nach dem Zweiten Weltkrieg die Kategorie des "Lagers" angewendet worden ist –, Alexander Kluge/Oskar Negt, Bernd Rabe. Eine Spätform war die Vor-Godesberger SPD insofern, als sie nach 1945 die ökonomischen, sozialen und kulturellen "Vorfeldorganisationen" – eigene Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeitersportler, Arbeitersänger usw. usf. – zum größten Teil eingebüßt hatte, die vor 1933 ein wesentliches Charakteristikum der "Lager"-Situation dargestellt hatten.)

Kernstück dieser Struktur war der soziale Typ des

Von den 59 Mitgliedern jener Fraktion hatten 13 auf diese oder jene Weise die Hochschulreife erworben. etliche an Fachhochschulen oder Universitäten studiert; 12 hatten ihre berufliche Laufbahn nach Volks- oder ausnahmsweise Mittelschule mit einer Angestellteniehre begonnen, und 34 = 57.5% als Handarbeiter, als Handwerker oder Industriefacharbeiter. Von diesen 34 standen zur Zeit ihres Landtagsmandates 2 im Betrieb - freigestellte Betriebsräte. 8 hatten sich selbständig gemacht (einige unter dem ökonomischen Zwang der Nazi-Verfolgungen): 4 waren in Angestellten- oder Beamtenfunktionen "aufgestiegen"; 9 waren Partei- oder Gewerkschaftsangestellte; 11 schließlich - etliche unter ihnen bereits Rentner - kombinierten eine Fülle von zwar ehrenamtlichen, aber nicht immer unbezahlten kommunalpolitischen Funktionen mit ihrem Landtagsmandat und waren so auf gewisse Art und Weise "Berufspolitiker". Für die 12 ehemaligen Angestellten galt ähnliches. Weniger herausgehoben und ausgeprägt als im Falle der Landtagsabgeordneten, aber doch sehr ähnlich nach sozialer Herkunft, beruflicher Laufbahn und erreichter politischer (oder gewerkschaftlicher) Funktion bestimmten Menschen dieses sozialen Typus das Bild des sozialdemokratischen Funktionärs und prägten Struktur und Leben der Partei, ob in Ortsvereins-, Unterbezirks- oder Bezirksvorständen, ob als Ratsherr oder Kreistagsabgeordneter, als Bürgermeister oder Landrat, in Genossenschaft und Gewerkschaft, in den Krankenkassen oder in den kommunalen Verwaltungen.

Ich fasse die objektiven, sozial-ökonomischen Elemente dieser Funktionärsstrukturen noch einmal stichwortartig zusammen.

- Ungeachtet der viel stärker "volksparteilich" geprägten Mitgliedschaft der SPD dieser Jahre (von ihrer Wählerschaft ganz us chweigen) rekrutierte sich die große Mehrheit der verantwortlichen Amts-Mandats- und Funktionsträger der Partei aus einem festumrissenen Teil der "Arbeiterklasse" (im traditionellen Sinne): vorwiegend aus handwerklich oder industriell geprägten Facharbeitern, sodann aus unteren und mittleren Angestellten und schließlich aus unteren und mittleren Beamten (insbesondere der großen öffentlichen Dienstleistungsbereiche der Eisenbahn, der Post und der kommunalen Verwaltung).
- Insofern war die SFD durchaus im ganz traditionellen Sinne eine "Arbeiterpartei".
- Versteht man jedoch unter "Arbeiterpartei" eine Parteiform, in der die "Arbeiterklasse" also Arbei-

ter, Angestellte und Beamte (mit Ausnahme natürlich der leitenden Angestellten) – durch Angelörige dieser Klasse selbst, also durch noch im Betrieb berufstätige Arbeitnehmer organisiert, geführt und vertreten wird, dann wird man jene Aussage relativieren müssen. Man erinnere sich dabei an den beruflichen Gegenwartsstatus jener 32 von 34 chemaligen Arbeitern der SPD der SPD-Landtagsfraktion von 1955, die nicht mehr in ihrem erlernten Beruf arbeiteten.

- Man verstehe mich nicht falsch, wenn ich darauf hinweise, daß die Gruppe der sozialdemokratischen "Arbeiterfunktionäre" zumindest oberhalb der Ortsebene und vom Kreisverband/Unterbezirk über die Bezirks- und Landesebene bis zum Bunde zunehmend so etwas wie einen "sozialen Aufstieg" durchgemacht hatte und sich gegenüber den betriebstätigen Arbeitnehmern zunmehr in einer zumindest um ein weniges herausgehobenen sozialen Position befand.
- Dies ist keine Kritik und schon gar kein Vorwurf, sondern eine nüchterne, sozialwissenschaftliche Tatsachenfeststellung. Zur Ausübung herausgehobener organisatorisch-politischer Funktionen gehören eine gewisse Geschäftsgewandheit, freie und vor allem disponible Zeit, bürotechnische Hilfsmittel und vor allem mit Max Weber gesprochen ein Mindestmaß "ökonomischer Abkömmlichkeit". Dies hängt auf eine zwingende Art und Weise mit Professionalität und Arbeitstelligkeit in unserer Gesellschaft zusammen. Die rein ehrenamtliche, nebenberufliche politische Selbstregierung mag vor Jahrhunderten in einem bäuerlichen Schweizer Urkanton funktioniert haben, in einer modernen industrialisierten Massengesellschaft sis sie ein Unding.
- Die SPD-Funktionäre stammten zwar aus der Arbeiterschaft und blieben ihr darüber hinaus in der Regel eng verbunden, aber sie bildeten ihr gegenüber dennoch eine besondere Gruppe. Und diejenigen, die noch unmittelbarer mit der Arbeiterbewegung verbunden waren, Gewerkschaftsangestellte. Betriebsräte und ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, waren auch schon in der Vor-Godesberger SPD im Verhältnis zum zahlenmäßigen Anteil der Arbeitnehmer an Mitgliedschaft und Wählerschaft der Partei in deren leitenden Gremien weit unterrepräsentiert. Dem Parteivorstand zum Beispiel haben seit 1946 stets nur sehr wenige hauptamtliche Gewerkschaftsführer angehört und - wenn ich mich nicht täusche - niemals ein aktiver Betriebsrat oder Betriebsratsvorsitzender. (Auch dies hat natürlich wieder mit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu tun, hier mit der traditionellen Arbeitsteilung von Partei und Gewerkschaft.)

Ungeachtet aller dieser Feststellungen war und blieb der sozialdemokratische Funktionär und mit ihm die gesamte Partei mittelbar mit der "Arbeiterklasse" auße engste verbunden. Brigitte Seebacher-Brandt hat in ihrer jüngst erschienenen Ollenhauer-Biographie an der Person Erich Ollenhauers selbst den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Lebensgeschichte, von Arbeiterbewegung und Partei, von "sozialistischer Weltanschauung" und sozialdemokratische Politik so plastisch verdeutlicht, daß ich – anstelle eigener Formulierungen – lieber aus if rem Buch züleren möchte; Sich selbst enflänten und beuch züleren möchte; Sich selbst enflänten und be

währen, diese Möglichkeit bot ihm (E. O.) im und nach dem Ersten Weltkrieg allein die Arbeiterbewegung... So empfanden es Tausende Gleichaltriger, und dieses Gefühl der Geborgenheit war für die aufstrebenden Angehörigen der nun staatsbürgerlich gleichberechtigten, doch sozial nicht gleichwertigen Arbeiterschaft unendlich vie!." Jedoch, so fügt die Autorin hinzu, "es konnte nicht stark genug sein. um gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken... Die SPD war die Partei, die jedermann und jedes Volk frei von Knechtschaft und frei von Not wissen wollte, und das wollte er (E. O.) auch; darin drückte sich aus, was er mit dem Begriff Sozialismus verband. Doch wie der Weg dahin bestückt sein sollte, davon machte er sich kein Bild. Um so eindeutiger stellte sich ihm die Partei als Heimat und damals als ein Wert an sich dar."

Von diesem Schlage, den Erich Ollenhauer auf höchstem politischen Niveau verkörperte, waren nach dem Urteil der Autorin jene "einfachen, wackeren Sozialdemokraten", die die Nazizeit als "Gemeinschaft von Gleichgesinnten" überstanden hatten und nun nach 1945 die Partei wieder aufbauten, "Jenes schlichten Funktionäre, die ohne viel Widerrede ans Werf gingen, die der Partei, und nur der Partei, dienen wollten und in ihr aufgingen – solange die Partei so war, daß sie die wechselseitige Identifizierung möglich machte". Eine Identifizierung, so darf ich hinzufügen, der Partei mit der Arbeiterbewegung, der Funktionäre mit der Partei und der aus dem Funktionärskorps hervorgegangenen Parteiführer mit dere diesen Funktionären.

Dieser hier geschilderte Erlebniszusammenhang bedingte bestimmte Strukturen der Parteiorganisation und des Parteilebens:

- eine Solidarität, die nicht nur eine Gesinnungsgemeinschaft repräsentierte geschweige denn einen bloßen Zweckverband –, sondern vor allem eine in der gemeinsamen individuellen und kollektiven Geschichte wurzelnde Lebensgemeinschaft;
- eine Disziplin, die nicht so sehr in organisationspolitischen Notwendigkeiten wurzelte als vielmehr in einer lebensgeschichtlich begründeten Treue;
- eine Autorität der Führung und der Führer, die wohl auch auf demokratischer Wahl-Legitimation und Anerkennung erwiesener Leistungen beruhte, sehr viel mehr aber auf einer innerlichen Identifikation mit "unseren führenden Genossen".

Die unvermeidlichen Schattenseiten dieser Struktur waren:

- eine nirgendwo offiziell beschlossene, im Zweifelsfall sogar geleugnete, nichtsdestoweniger aber wirksame Abkapselung gegen andere soziale Schichten oder Gruppen: gegen den selbständigen Mittelstand, gegen die freien Berufe, vor allem die akademischen, gegen höhere Angestellte und Beamte und gegen Intellektuelle; wobei sie alle als Mitglieder durchaus willkommen waren, sich den Status des Funktionärs aber – wenn überhaupt – oft in einer langen Bewährungszeit erdienen mußten,
- ein autoritärer Führungsstil, dem kritische Diskussionen oder gar offener Widerspruch gegen von

oben kommende Weisungen gelegentlich fast als Sakrileg erschienen,

- und eine aus allen diesen Faktoren resultierende skeptische Zurückhaltung gegenüber neuen, unerprobten Ideen.
- Praktisch-politischer Ausdruck dieser Struktur war an vielen Orten – nicht überall, aber eben doch an vielen Orten – die strikte Unterordnung der Kommunal- und Parlamentsfraktionen unter die Autorität der Parteivorstände (man vergleiche hierzu die berühmten Herner Beschlüsse von 1948) sowie eine heute schlechterdings unvorstellbare politische Machistellung der besoldeten politischen Funktionäre (Sekretäre) und der gewählten Vorsitzenden der Parteiorganisation.

Ich könnte einen ganzen selbständigen Vortrag ausschließlich mit persönlich erlebten Beispielen füllen, die diese Strukturen belegen. Ich will mich mit einer einzigen kleinen Episode vom Dortmunder Parteitag 1952 begnügen, die ein Schlaglicht auf die Atmosphäre wirft, die gelegentlich durch solche Strukturen geschaffen wurde. In der deutschlandpolitischen Debatte hatten zwei offenbar jüngere Lübecker Delegierte Auffassungen geäußert, die in einer ein wenig naiven unbehilflichen Weise, aber sehr behutsam und unter scharfer Kritik am SED-Regime für eine Diskussionsbereitschaft in dieser Richtung eintraten, für etwas, was 20 Jahre später als "Entspannungspolitik" offizielle Parteilinie wurde. : hat in der damaligen Situation des Kalten Krieges und eines massiven gegen die SPD instrumentalisierten Antikommunismus sicherlich gute Gründe gegeben, eine solche initiative deutlich zurückzuweisen.

An dem Schlußwort Erich Ollenhauers ist also nicht so sehr der sachliche Dissens als vielmehr die Form bemerkenswert. Und da es nicht den geringsten Zweifel an Urteilsfähigkeit und menschlicher Integrität Ollenhauers gibt, so müssen wir in seinen Worten nicht so sehr den Ausdruck einer persönlichen Haltung als viel mehr eines allgemeinen, nicht unüblichen Stils im Umgang mit abweichenden Auffassungen erblicken. Ich zitiere wörtlich: "Ich glaube, wir würden den Lübecker Sozialdemokraten und der Lübecker Arbeiterschaft... bitter unrecht tun, wenn wir sie mit den Auffassungen der beiden Lübecker Sprecher identifizieren würden. Allerdings wird es vielleicht nützlich sein, wenn wir einmal an Ort und Stelle klären, warum die Nähe der Sowjetzonengrenze auf einige unserer Lübecker Genossen in so verdächtiger Weise in Richtung Pankow Vorstellungen hat entwickeln lassen. Damit ist diese Frage, glaube ich, für uns in dieser Debatte erledigt." Das Protokoll verzeichnet "Zustimmung und Beifall".

Diese Struktur nun ist durch die organisationspolitischen Beschlüsse des Stuttgarter Parteitigs aufgelöst worden, und zwar von der Spitze vom Parte-Rotstand her. Bis dahin hatte die operative Führung der Partei einzig und allein in den Händen des sogenannten geschäftsführenden Parteivorstandes gelegen, der aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und fünf weiteren besoldeten Vorstandsmitgliedern bestand. Sie allein waren ständig am Ort des Parteivorstands, arbeiteten ständig zusammen und widmeten sich kontinuierlich der Führung der Parteivorstands, arbeiteten ständig zusammen und widmeten sich kontinuierlich der Führung der Parteivorstands, arbeiteten ständig zusammen und

tei Die fünf besoldeten Parteivorstandsmitglieder repräsentierten ihrer Funktion, ihrer politischen Pesition und ihrer Lebensgeschichte nach die Funktionarsstruktur der Partei und gleichzeitig den Vorrang der Parteiorganisation vor den sozialdemokratischen Parlamentariern und Regierungsmitgliedern. Zugleich repräsentierten sie – gar nicht so sehr in ihrem persönlichen Verhalten als vielmehr symbolisch – den sozial-a. organisatorischen und geistigen Gesamitzustand d. 1. Vor-Godosberger SPD.

Daß diese Struktur nicht mehr aufrechtzuerhalten war, hatte auch die alte Parteiführung um Erich Ollenhauer erkannt, und sie hatte tiefgreifende organisatorische Veränderungen der Parteispitze akzentiert. Die oberste Führung sollte durch die Installierung eines zweiten stellvertretenden Vorsitzenden verbreitert, die operative Führung der Partei - zumindest in der Vertretung nach außen - in die Hände eines neuen geschäftsführenden Parteivorstands (Präsidium) gelegt werden, der aus nichtbesoldeten und vom Parteivorstand (nicht vom Parteitag) gewählten Mitgliedern bestand. Daneben freilich sollte der alte besoldete geschäftsführende Vorstand, bestehend aus dem Schatzmeister und weiteren Mitgliedern (geplant waren vier), erhalten bleiben und wie bisher auf dem Parteitag in einem gesonderten Wahlgang direkt gewählt werden.

Dieses – nennen wir es einmal in Analogie zu den Führungsstrukturen kommunistischer Parteien so – politische "Sekretariat" hätte eine sehr starke Stellung behalten:

- In seinen Händen hätte die kontinuerliche organisationspolitische Führung der Partei nach innen gelegen, einschließlich natürlich des ständigen Kontakts zu den "Funktionären" auf der unteren Parteiebene.
- Seine politische Legitimation durch die direkte Wahl auf dem Parteitag wäre sehr stark gewesen.
- Jede personelle Veränderung wäre sehr schwierig geworden, weil eine Zusatzkandidatur zu vier – bewährten, anerkannten und auf bestimmte Fachressorts ausgerichteten – Amtsinhabern natürlich viel mehr den Charakter einer auf die Person gezielten Gegenkandidatur gehabt hätte als etwa eine Zusatzkandidatur zu einer Beisitzerliste von 29 Personen. Heinz Kühn hat die vorgeschlagene Regelung is der Debatte denn auch zwar sehr scharf, aber in der Sache zutreffend als einen "Naturschutzzum" für den bisherigen besoldeten geschäftsführenden Parteivorstand bezeichnet.

Gegen dieses politische "Sekretariat" richtete sich in einer leidenschaftlichen Debatte (ich habe sie als junger Delegierter in atemtoser Spannung miterlebt) die Kritik jener, die eine organisationspolitische Reform der Partei an Haupt und Gliedern wünschten. Ihre Wortführer waren Männer, die zu den Hauptträgern der Godesberger Emeuerung gehört haben und schließlich die wichtigsten Repräsentanten der Nachfodesberger Partei geworden sind: u. a. Willy Brandt, Heinz Kühn und Helmut Schmidt. Verteidigt wurde die von der Parteiführung vorgelegte Kompromißlösung – Präsidium und besoldetes Sekretariat – von Alfred Nau, Erich Ollenhauer und (sehr behussam) Herbert Wehner. Die Abstimmun-

gen waren krapp: mit 176 zu 153 Stimmen wurde die Trennung von besoldeten und unbesoldeten Parteivorstandsmitgliedern verworfen, mit 196 zu 140 Stimmen der gesonderte Wahlgang für die besoldeten (mit Ausnahme des Schatzmeisters). Und in der Schulßabstimmung über den so geänderten Paragraphen 17 der Satzung, in der Zweidrittelmehrheit erforderlich war, verweigerten noch fast 30% der Delegierten der neuen Regelung ihre Zustimmung (240 Ja, 88 Nein, 7 Enthaltungen). Nach meinem Urteil waren diese Abstimmungen die politische Entscheidung, in der die Nach-Godesberger SPD sich gegen die Vor-Godesberger SPD durchsetze; nicht die legendäre Godesberger Schlußabstimmung über das neuer Porgam von 324 zu 16 Stimmen.

Die operative Parteführung lag von nun an ausschließlich in den Händen des Präsidiums. In ihm dominierten die führenden Mitglieder der Bundestagsfraktion (insgesamt 7 von 9 Mitgliedern des ersten Präsidiums waren Bundestagsabgeordnetet); vom alten geschäftsführenden Parteivorstand gehörten dem Präsidium nur noch der Vorsitzende und der Schatzmeister an; bei späteren Präsidiumswahlen sind dann auch führende Landespolitiker stärker im Präsidium vertreten gewesen; an der personellen Grundstruktur dieses Führungsorgans hat sich jedoch seit 1958 nichts mehr geändert.

Symbolisch und faktisch war damit die die parteibeherrschende Funktionärsstrukur aufgelöst, auch wenn der Nachvollzug dieser Entscheidung auf den unteren Ebenen der Partei noch viele Jahre dauerte.

Die Folgen dieser organisationspolitischen Entscheidung lassen sich ebenso kurz wie eindeutig charakterisieren:

- Die Führung der Partei ging auf allen Ebenen zunehmend in die Hände der Mandatsträger über (Minister, Abgeordnete, Kommunalpolitiker). Die innerparteiliche Rangordnung zwischen Parteifunktion und Mandat begann sich umzukehren, ebenso wie die zwischen Parteivorständen und Fraktionen. Die Machtstellung der besoldeten Parteisekretäre brökkelte ab und zerfiel.
- Parallel dazu und bedingt dadurch öffnete die Partei nun wirklich und endgültig alle ihre herausgehobenen Funktionen auch den Mittelschichten, vor allem den sogenannten "neuen", also den gehobenen und höberen Angestellten und Beamten sowie den Akademikern und ganz allgemein den Intellektuellen. Dementsprechend nahm der Anteil der aus der Arbeiterschaft stammenden Funktionäre langsam aber ständig ab. Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung änderte sich auch die Zusammensetzung der Mitgliedschaft zugunsten der Angestellten und Beamten zu Lasten der Arbeiter.
- Die SPD hatte sich in ihrer sozialen und organisatorischen Struktur in jenen Typ "Volkspartei" verwandelt, der – pluralistisch, allen Schiehen der Gesellschaft offen, neuen Ideen aufgeschlossen – in der Lage war, eine volkstümliche demokratisch-soziale Reformpolitik glaubwürdig zu vertreten.
- Allerdings hat die Partei für diese sozi de, organisatorische und politisch-ideelle Öffnung auch einen nicht geringen Preis bezahlt. Geschlossenheit, Diszi-

plin und organisatorische Schlagkraft wurden im Lauf der folgenden Entwicklung geringer. Alles Klagen über das angeblich verlorengegangene "Wir-Gefühl" kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die geschichtlichen und sozialen Grundlagen der alten Parteisolidarität: die "sozialistische Weltanschauung", der lebengseschichtliche Zusammenhang der Arbeiterfunktionäre und der Vorrang des Parteifunktionärs vor dem Mandatsträger durch die Godsberger "Wende" in einem bewußten politischen Entscheidungsakt relativiert, wo nicht zerstört worden sind.

- Auch die Frage, ob die Stuttgarter Absage an den besoldeten geschäftsführenden Parteivorstand alten Stils wirklich bedeuten soll, daß die SPD für alle Zeiten auf ein politisch starkes, demokratisch verantwortliches, professionelles politisch-organisatorisches Management verzichten muß, wie es ein "Sckretariat" darstellen wirder, müßte ingendwann einmal wieder aufgegriffen werden. Jahrelang hat ein einziger Mann, Herbert Wehner als stellvertretender Vorsitzender, dieses Erfordernis erfüllt; nach ihm haben eis die Bundesgeschäftsführer versucht. Ob das auf die Dauer ausreicht, wäre zu prüfen. Ich habe seit lannen Jahren wachsende Zweifel daran.
- Nichtsdestow eniger scheint mir völlig unbezweifelbar, daß die Godesberger Entscheidung für den Typ der offenen, pluralistischen und demokratischen Volkspartei nicht mehr in Frage gestellt werden kann und in Frage gestellt werden darf.

Die letzten Überlegungen haben bereits in jenen Bereich meines Themas geführt, den ich – mit Susanne Miller – "Wirkungsgeschichte" nennen möchte. Eine wirkliche, gar wissenschaftlich nachprüßare Wirkungsanalyse der Godesberger Erneurung vorzulegen ist freilich – wie Susanne Miller in ihrem bereits erwähnten Aufsatz zutreffend feststellt – aus methodischen wie aus praktischen Gründen so gut wie ausgeschlossen. Daß die Partei nach Godesberg große politische Erfolge erzielt hat und daß die neue Godesberger Politik dabei wirksam gewesen ist, ist unbestritten. Aber der Anteil dieser Wirksamkeit und die wirkenden Faktoren im einzelnen festzustelen, ist unmöglich. Einige Auswirkungen oder ihr Fehlen lassen sich dennoch konstatieren.

Die meisten Beobachter der ersten Nach-Godesberger Jahre der SPD stimmen darin überein, daß die Erneuerung der Partei zwar in ihrer politischen Praxis deutlich zum Ausdruck gekommen sei, daß aber "eine geistige Verarbeitung des neuen Programms in der Partei kaum stattgefunden" habe, wie etwa Susanne Miller feststellt. Eine solche Diskussion sei offensichtlich weder von der Parteiführung gefördert noch von den Mitgliedern gefordert worden. Und sie fügt mit deutlichem kritischen Akzent hinzu, das Godesberger Programm habe keinesfalls "politische Grundsatzlosigkeit und bereitwillige Annassung an "Sachzwänge" legitimieren" wollen. "Eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Programm nach Godesberg, die aber nicht erfolgte, hätte das klarstellen können."

Von mindestens ebenso großer Wirkung war es, daß die Partei sich nach Godesberg den geistigen Herausforderungen der seit den 50er Jahren vor allem von Frankreich und Großbritannien herüberwirkenden linkssozialistisch-demokratischen "Neuen Linken" nicht stellte, sondern das Problem rein organisatorisch bewältigte, indem durch die Trennung vom
SDS die kleine Anbingerschaft der "Neuen Linken"
in der Bundesrepublik in den politischen Raum
außerlalb der SPD verwiesen wurde. Selbst der der
Godesberger "Wende" uneningeschränkt positis gegenüberstehende Hartmut Soell schreibt in seiner
Efler-Biographie mit kritischem Unterton, daß diese
rigorose Abgrenzungspolitik "ohne vorhergehende
theoretische Auseimandersetung" dazu beigetragen
hat. "den Ruhmen der Diskussion über Grundsatzfragen über die durch das Godesberger Programm
gesteckten Grenzen hinaus zu reduzieren".

Die Wiederbelebung der Grundsatzdiskussion in der SPD ist dann r ... rweise - wenn schon nicht ausschließlich, so doch in erheblichem Umfang von solchen Tendenzen getragen worden, die der Godesberger Wende cher kritisch gegenübergestanden haben. Tausendlach verstärkt sind Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre jene Ideen und Kräfte in die Partei zurückgeströmt, die sie 10 Jahre zuvor aus ihren Reihen vertrieben hatte. Es ist übrigens, wie mir scheint, das wichtigste Ergebnis der Diskussion über den als programmatisches Dokument weitgehend wirkungslos gebliebenen Orientierungsrahmen '85, daß in diesem Diskussionsprozeß die Elemente der "Neuen Linken" weitgehend in die Partei reintegriert werden konnten - freilich nicht, ohne daß die Partei selber sich dabei verändert hätte.

Der Umstand, daß eine derartige Veränderum der Partei relativ so bald nach der Godesberger "Wende" (1959 bis 1969) beginnen konnte, bereitet nicht wenigen überzeugten "Godesbergern" erhebliche geistige Beschwer. Der von mir als Wissenschaftler hochgeschätzte Historiker Heinrich August Winkler stellt in einem ganz kürzlich auf einer Tagung in Tutzing gehaltenen Vortrag über den Weg der deutschen Sozialdemokratie eine höchst bemerkenswerte These auf, mit der er die innere Veränderung der SPD in den letzten Jahren – die Winkler überwiegent politisch kritisiert – zu erklären versucht, nämlich: "...daß es in der heutigen SPD in mancher Hinsicht

mehr von einer "Vor-Godesberg-Mentalität" gibt, als man angesichts einer radikalen Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft seit 1959 vermuten sollte:

In dieser These stecken meiner Meinung nach zwei fundamentale Fehlurteile:

- Die Tendenzen, die Winkler bemerkt und kritisiert, haben mit "Vor-Godesberg-Mentalität" wenig oder nichts zu tun, wenn man darunter die Mealst tät versteht, die vor 1959 die Partei beherrschte.
- 2. Die Veränderung in der SPD in den 70er Jahren viele sprechen von "Reideologisierung" oder auch on "Linksentwicklung" ist nicht totz der Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der SPD erfolgt (wie Winkler zu unterstellen scheint), sondern wegen dieser Veränderung.

Die tiesere Wurzet dieser Fehlurteile liegt meiner Meinung nach darin, daß Winkler – wie viele andere – den Charakter der Godesberger "Erneuerung", den ich versucht habe aus meiner Sicht zu verdeutlichen, vollständig verkennt. Insbesondere verkennt er den Zusammenhang ideeller, sozialer, lebensgeschichtlicher und organisatorischer Faktoren und damit den Zusammenhang der Entscheidungen von Stuttgart 1958 und von Godesberg 1959.

Der Durchbruch von Stuttgart, die quasi materielle Voraussetzung von Godesherg, ist gegen die alte Vor-Godesberger SPD erkämpft worden, if ber das Ausmaß der Feindseligkeit zwischen der traditionalistischen SPD und den Godesberger "Frneuerern" vor 1959 breiten viele sozialdemokratische Historiker einen Schleier parteigenössischer Solidaritat, den auch ich an dieser Stelle nicht zerreißen möchte.) Bemerkenswert ist aber, daß danach unter der entsagungsvollen Führung Erich Ollenhauers nicht zuletzt auch aufgrund ihrer unerschütterlichen Parteitreue und schließlich auch aufgrund der sichtbaren positiven Ergebnisse der neuen Politik diese alten Vor-Godesberger und ihre jüngeren Gesinnungsfreunde zu den zuverlässigsten "Godesbergern" geworden sind. Ebenso bemerkenswert und oft vernachlässigt ist aber auch die Tatsache, daß die kleine "alt-linke" Minderheit in der SPD - in Stuttgart und Godesberg mit vielleicht 30 bis 40 Delegierten vertreten - in einer Front mit den Erneuerern um Brandt, Erler, von Knoeringen, Carlo Schmid, Helmut Schmidt u. a. den organisationspolitischen Durchbruch von Stuttgart mit bewirkt hat. Willi Birkelbach war in diesen Fragen ihr Wortführer (ich selbst habe den Stuttgarter Beschlüssen übrigens auch zugestimmt). Von dieser "alten" linken Minderheit vor 1959 verlaufen nebenbei gesagt mancherlei ideelle und lebensgeschichtliche Verbindungslinien zur "neuen" Linken in der jetzigen SPD. Von "Vor-Godesberg-Mentalität" kann bei beiden im Ernst nicht die Rede sein.

Im übrigen besteht zwischen "alten" Linken und "Erneuerern" ebenfalls ein deutlicher lebensgeschichtlicher Zusammenhang. Die Wortführer und Schlüsselfiguren beider - anscheinend so gegensatzlicher - Tendenzen rekrutieren sich in erheblichem Umfang nicht aus der traditionalistischen Mehrheit der Sozialdemokratie, sondern aus oppositionellen Gruppen oder nichtsozialdemokratischen Organisationen vor 1933 (Neu-Beginn, SAP, ISK, KPD). Es gibt hier eine verblüffende Parallele zum legendären sogenannten "Zehnerkreis" im DGB der 50er Jahre, in dem die organisatorische und politische Belebung der Gewerkschaftsarbeit (Stichwort: Aktionsprogramm) vorbereitet wurde. Von den neun schon vor 1933 tätigen Mitgliedern dieses Kreises war keiner ein "gelernter Sozialdemokrat"; fünf kamen aus dem ISK, einer aus der SAP und drei aus oppositionellen Gruppen der KPD.

Was die sozialen Grundlagen für die jüngsten Veründerungen in der SPD anbetrifft, so ist oftensichtlich und unbestritten, daß die sogenannte "Links"-Tendenz in der SPD im wesentlichen von den neuen Mittelschiehten – wenn auch sicherlich nicht nur von Lehrern und Studenten, wie manchmat spöttisch bemerkt wird – getragen worden ist. (Wenngleich in den letzten Jahren zunehmend vergleichbare Tendenzen auch in Gewerkschaften zu konstatueren sind.) Es ist eine der paradoxesien unter den vielen ironischen Pointen der Godesberger und der Nach-Godesberger Entwicklung, daß gerade ein Teil jener Mittelschichten, welche die Godesberger Eneuerer gegen den Widerstand der alten Arbeiterfunktionäre

in der Partei etablieren wollten, zum Träger der Kritik an Godesberg geworden ist.

Dies hängt mit einer Entwicklung zusammen, die hier näher zu charakterisieren mir die Zeit sehlt. Die Struktur unserer Gesellschaft hat sich seit den ersten Nachkriegsjahren tiefgreifend verändert. Das betrifft zum Reispiel die Struktur der Arbeitnehmerschaft, das Verhältnis von Güterproduktion und Dienstleistung, die Beziehung von Arbeit und Freizeit, den Charakter der Arbeit selbst in einer fortschreitend technisierten und rationalisierten Wirtschaft, das Verhältnis der Bürger zu Staat. Parteien und Bürokratie usf. Waren z. B. 1950 von 100 Erwerbstätigen noch 30 selbständig, 50 Arbeiter und 20 Angestellte oder Beamte, so sind heute kaum mehr als 10% selbständig, aber unter den fast 90% Arbeitnehmern bilden Angostellte und Beamte eine klare Mehrheit gegenüber den Arbeitern (von denen überdies rund 10% Ausländer sind). Hatten in meiner Generation von 100 Erwerbstätigen noch rund 85 eine Volksschule besucht, rund 10 eine Mittelschule und 5 ein Gymnasium, noch weniger eine Hochschule, so besuchen heute von 100 Kindern eines Jahrganges vielleicht noch 30 Haupt- (oder Sonder-)schule; 40 die Realschule, 30 erwerben irgendeine Art von Hochschulreise und 20 besuchen eine Fachhochschule. Hochschule oder Universität. Im Jahre 2000, das ja nun nicht mehr so fern in der Zukunft liegt, wird der klassische Facharbeitertyn mit Volksschule und Lehre in der Arbeitnehmerschaft eine Minderheit sein. Eingerahmt von vielfältig differenzierten qualifizierten Arbeitnehmergruppen aus Technik. Planung, Organisation und Disposition einerseits und einer ebenfalls sehr inhomogenen Gruppe wenig qualifizierter Hilfs-, Teilzeit- und Heimarbeitskräfte andererseits. Daß sich mit diesen sozial-strukturellen Veränderungen auch Einstellungen und Verhaltensweisen verändern, dürfte eigentlich niemanden verwundern.

Wenn wir die Abwanderung aktueller oder potentieller sozialdemokratischer Wähler zu den Grünen/ Alternativen einerseits und ins konservativ-liberale Lager andererseits soziologisch untersuchen, finden wir darin unzweifelhaft den Ausdruck sich differenzierender Interessen einer sich differenzierenden Arbeitnehmerschaft. Denn auch die grüne Wählerschaft besteht in ihrer großen Mehrheit natürlich aus Arbeitnehmern (wenn auch überwiegend aus formal höher qualifizierten, jüngeren und im tertiären Sektor Beschäftigten). Mit den oft berufenen ausgestiegenen Flippis, spinnenden Bürgersöhnchen-Töchterchen und emanzipationssüchtigen Akademikersgattinnen lassen sich Wahlergebnisse von 8 bis 10 % im Durchschnitt und bis zu 20% in der Spitze (bei unter 35jährigen bis 25 oder 30%) nicht mehr erklä-

Allein diese gesellschaftlichen Strukturveränderungen erklären einen großen Teil unserer politischen Probleme – und rechtfertigen die Diskussion eines neuen Programms. Ganz abgesehen von den großen neuen Sachfragen der Ökonomie und der Ökologie, der Friedenspolitik und der Dritten Welt, von denen Willy Brandt gesprochen hat.

Die Wirkungen der Godesberger Erneuerung sind an ihrem Ende angelangt. Die allzu pragmatischen Konsequenzen, die – gegen den Willen der Urheber des

Programms – aus Godesberg gezogen worden sind, haben dazu beigetragen. Unsere Partei hat die geistige Führerschaft in unserer Gesellschaft teilweise eingebüßt. Sowohl auf der Rechten (Stichwort: neuer Konservatismus) als auch auf der Linken werden wichtige Diskurse ohne uns geführt. Ökonomisch gesehen ist – angesichts der Strukturkrise des Kapitalismus – das alle Reformbündnis von traditioneller Arbeiterbewegung, progressiven Außteigern und modernem Kapitalismus (Stichworte: "Wir schaffen das moderne Deutschland" und "Mehr Demokratie wagen") an den Grenzen seiner Möglichkeiten angekommen.

Auf der anderen Seite haben sich auch die tradit. nellen, mehr oder weniger marxistisch geprägten sozialistischen Gesellschaftsmodelle überiebt: Die "sozialistische Weltanschauung" der Vor-Godesberger SPD, der durch die schändliche Wirklichkeit des "realen Sozialismus" diskreditierte Parteikommunismus, die diversen ML-Sekten und der Doktrinarismus der "Neuen Linken" (auch wenn hier wertvolle gesellschaftsanalytische Erkenntnisse noch ihrer praktischen Auswerdung harren).

Überlebt aber hat, nein – neubelebt hat sich der Kem der Elten sozialistischen Utopie, die leidenschaftliche Hoffnung, die alle Strömungen der sozialistischen Bewegung einstmals miteinander verbunden hat, die Hoffnung auf eine Gesellschaft, "worin die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist" (Kommunistisches Manifest).

Vor fast 40 Jahren hat einer der Führer des sozialistischen Widerstands gegen den Faschismus in Mitteleuropa, dessen Name hier nichts zur Sache tut. seine Enttäuschung über das Scheitern des Sozialismus nach 1945, aber auch seine Hoffnungen auf eine ferne Zukunst in Worte gekleidet, deren prophetischer Scharfblick und deren skeptische Leidenschaft mich immer wieder tief bewegen: Er schrieb über sich und seine sozialistischen Freunde: "Sie wissen heute nicht... ob sie je Marxisten gewesen sind. Aber... sie haben einen Punkt erreicht, von dem aus sie vorwärts gehen können über ihre alten sozialistischen Vorstellungen hinaus, statt hinter sie zurückzufallen... Aber an einer Überzeugung halten sie fest; daß der Mensch dem blinden Walten der "sozialen Bedingungen' nicht unterworfen bleiben muß; daß er sich erfolgreich gegen eine Ordnung auflehnen kann, die sein Menschtum zerstört... In dieser Entschlossenheit fühlen sie sich Marx so nah wie je ... In allen Ländern haben sie Brüder, auch solche, die sich andere Namen geben und in anderen politischen Schulen aufgewachsen sind. Von den soz'alen Katastrophen dieser Zeit zum Denken und Tun erweckt, werden sich ihnen allmählich auch wieder junge Menschen zugesellen. Sie werden in der nächsten Zukunst nicht die Einheiten einer großen Streitmacht sein. Aber selbst wenn ihr Denken und Wollen noch viele Jahre ohne politische Wirkung ist, die Not der Zeit wird sie früher oder später rufen. Seinen eigenen Weg gehend, wird auch der Einsamste irgendwann auf Brüder stoßen, in der Heimat und in der Fremde. Sie werden sich trotz ihrer verschiedenen Sprachen überall erkennen und umarmen und erstaunen über ihre große Zahl."

Wer heute die neuen sozialen Bewegungen erblickt,

die Frauenbewegung, die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung, den Aufbruch in den christlichen Kirchen bis hinein in ehemals konservative Kreise, der wird den Autor seiner Voraussicht wegen bewundern. Diese Kräte als Mitkämpfer und Bundesgenossen zu gewinnen, ihre oftmals nicht realistischen Hoffungen mit der geklärten politischen Erfahrung unserer alten Partei zu verbinden, das wäre eine der Aufgaben, die unser neues Programm und die Diskussion darüber zu erfüllen versuchen mißten

Unsere Gäste mögen mir vergeben, wenn ich meine abschließenden Worte nun ganz ausschließlich an meine Genossinnen und Genossen, an uns Sozialdemokraten richte. Die vor uns liegende Diskussion über unsere Grundsätze, der uns bevorstehende Prozeß der Meinungs- und Willensbildung wird nicht leicht und sicherlich oftmals kontrovers sein. Willy Brandt hat das Gewicht und damit auch die Schwierigkeit der ihrer Lösung harrenden Probleme charakterisiert; und ich habe dem aus der Sicht des zurückblickenden Betrachters noch einige wenige Aspekte hinzugefügt. Ich glaube, wir sind bei der vor uns liegenden Arbeit der Ermutigung und auch ein bißchen der Ermahnung durchaus bedürftig. Der Warnung vor Dogmatismus und Fanatismus, der Aufforderung, die Hoffnung nicht aufzugeben und den Mut nicht sinken zu lassen, der Erinnerung daran, daß Politik nicht Selbstzweck, sondern nur soweit gerechtfertigt ist, als sie den Menschen dient und daß wir daher als Politiker unsere Menschlichkeit nicht allzusehr beschädigen lassen dürfen (ein wenig ist wohl unvermeidlich).

Niemand hat das, was ich meine, besser ausgedrückt als Wolfgang Biermann in seiner "Ermutigung", aus der ich einige Verse – ein bißchen auf unsere Situation hin umformuliert – zitieren möchte:

Ihr, laßt Euch nicht verhärten In dieser harten Zeit Die allzu hart sind, brechen Die allzu spitz sind, stechen und brechen ab sogleich.

Ihr, laßt Euch nicht erschrecken In dieser Schreckenszeit Das wollen sie doch bezwecken Daß wir die Waffen strecken Schon vor dem großen Streit.

Ihr, laßt Euch nicht verbrauchen Gebrauchet Eure Zeit Ihr könnt nicht untertauchen Wir brauchen uns und brauchen Grad unsere Heiterkeit.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abl. Presse und Information, Bonn, Bestell-Nr. 320384 Druck: Courir-Druck GmbH, Königswinterer Straße 115, 5300 Bonn 3 , 12-84 - A 1 - 20